

EIN EUROPA DER SPITZENKLASSE

DIE LISSABON-STRATEGIE: VON ERKLÄRUNGEN ZU ERGEBNISSEN

Angenommen von der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, Januar 2005



Vorstand der SPE-Fraktion

Martin SCHULZ	Vorsitzender
Harlem DÉSIR	Stellv. Vorsitzender
Bárbara DÜHRKOP DÜHRKOP	Stellv. Vorsitzender
Robert GOEBBELS	Stellv. Vorsitzender
Magda KÓSÁNE KOVÁCS	Stellv. Vorsitzender
Pasqualina NAPOLETANO	Stellv. Vorsitzender
Hannes SWOBODA	Stellv. Vorsitzender
Jan Marinus WIERSMA	Stellv. Vorsitzender
Linda McAVAN	Schatzmeisterin
Poul Nyrup RASMUSSEN	Mitglied <i>ex officio</i>

Delegationsleiter/innen der SPE-Fraktion

Frankreich	Bernard POIGNANT
Spanien	Enrique BARÓN CRESPO
Deutschland	Bernhard RAPKAY
Vereinigtes Königreich	Gary TITLEY
Italien	Nicola ZINGARETTI
Portugal	Edite ESTRELA
Polen	Marek SIWIEC
Ungarn	Csaba TABAJDI
Griechenland	Stavros LAMBRINIDIS
Österreich	Maria BERGER
Belgien	Philippe BUSQUIN
Niederlande	Max VAN DEN BERG
Dänemark	Poul Nyrup RASMUSSEN
Schweden	Inger SEGELSTRÖM
Estland	Toomas Hendrik ILVES
Finnland	Reino PAASILINNA
Malta	John ATTARD MONTALTO
Slowakei	Monika BENOVÁ
Tschechische Republik	Libor ROUCEK
Litauen	Aloyzas SAKALAS
Irland	Proinsias DE ROSSA
Luxemburg	Robert GOEBBELS
Slowenien	Borut PAHOR

Vorwort

2005 markiert die halbe Wegstrecke für die "Lissabon-Strategie", die 10-Jahres-Strategie für Europas wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Entwicklung. Dieser Bericht wurde von der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament im Januar 2005 als Beitrag zum EU-Frühjahrgipfel 2005 erstellt, dessen Aufgabe es war, die Lissabon-Strategie zu bewerten und ihr neuen Schwung zu verleihen. Er war auch unsere Grundlage für die am 9. März vom Europäischen Parlament angenommene Entschließung. Auch nach dem Gipfel wird der Bericht weiterhin als Leitfaden für die Arbeit der SPE-Fraktion bei der Umsetzung der Strategie, der Hauptpriorität der EU in den kommenden 5 Jahren, dienen.

*Wir hoffen, dass die Analyse und die Empfehlungen in diesem Bericht der SPE-Fraktion einen Beitrag zu dem dringenden Bestreben leisten werden, ein echtes **Europa der Spitzenklasse** zu erreichen.*

Harlem Désir

Stv. Vorsitzender der SPE-Fraktion
Wirtschafts- und Sozialmodell

Robert Goebbels

Stv. Vorsitzender der SPE-Fraktion
Nachhaltige Entwicklung und
Wettbewerbsfähigkeit

WAS IST DIE LISSABON-STRATEGIE?



Im März 2000 setzte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon Europa das neue strategische Ziel für das neue Jahrzehnt, und zwar: "... die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen". Die Strategie, die der Rat zu diesem Zweck erarbeitet hat, wurde unter der Bezeichnung Lissabon-Strategie bekannt.

Die Politik der Lissabon-Strategie

Einleitung

Die Diskussionen um die Lissabon-Strategie werden durch die Komplexität der Thematik erschwert, doch dieser Beitrag zur Halbzeitbilanz der Strategie liefert nur drei Argumente, weshalb die ersten fünf Jahre enttäuschend waren – auch wenn in einigen Bereichen Fortschritte erzielt wurden - und was getan werden muss, damit die nächsten fünf Jahre erfolgreicher verlaufen:

1. Die größte Schwäche verzeichnet der Lissabon-Prozess in seiner Umsetzung, und zwar insbesondere durch die Mitgliedstaaten. Um das zu ändern, muss der Lissabon-Prozess stärker auf das Wesentliche konzentriert sowie weniger technokratisch und stärker demokratisch gestaltet werden, wobei die nationalen Akteure in die politische Debatte einbezogen werden sollten.
2. Die politisch Verantwortlichen müssen die Strategie verstehen, an sie glauben und entsprechend handeln.
3. Europa wird das erforderliche Wachstum, die benötigten Arbeitsplätze und den notwendigen sozialen Zusammenhalt nur dann erreichen, wenn sich der gesamtwirtschaftliche Rahmen Europas auch im Einklang mit der Lissabon-Strategie befindet.

Zur Halbzeit des Lissabon-Prozesses sind der Stand der Umsetzung der Strategie und der Zustand der europäischen Wirtschaft ausreichend dokumentiert. Der vorliegende Bericht wird den zahllosen Analysen keine weitere hinzufügen. Unseren Vorschlägen liegen die beiden nachfolgenden allgemeinen Feststellungen zur Lage in Europa und zum Wesen der Probleme zugrunde, die mit der Lissabon-Strategie in Angriff genommen werden sollen:

- Trotz all seiner Probleme verfügt Europa über eine Wirtschaft und ein Umwelt- und Sozialmodell, das dem weltweiten Vergleich standhält. Einer jüngsten weltweiten Erhebung zufolge ¹ befinden sich neun europäische Länder unter den zehn führenden Ländern mit der höchsten Lebensqualität, und die erfolgreichsten Volkswirtschaften der EU liegen bei den meisten wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren vor den USA. ²

¹ Economist Intelligence Unit, November 2004.

² Legt man die EU insgesamt zugrunde, so schneiden bei einigen wichtigen Wirtschaftsindikatoren die USA besser ab und bei anderen die EU. Bei der Mehrzahl der sozialen Indikatoren verhält es sich ähnlich.

- Das reicht jedoch nicht aus. In Bezug auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsquoten sowie einige Schlüsselindikatoren der Wirtschaftsdynamik, wie Innovationsraten und Präsenz in Spitzentechnologiebereichen wie der Informationstechnologie, der Biotechnologie und der Nanotechnologie, hinkt Europa noch immer hinterher. Und angesichts neuer Herausforderungen wie einer alternden Gesellschaft, dem wachsenden Druck auf die natürliche Umwelt sowie der zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit von Japan, China, Indien und anderen Ländern muss sich Europa mehr denn je anstrengen und den Einsatz erhöhen.



Als Vorlage dazu dient die Lissabon-Strategie. Viel hat sich seit Verabschiedung der Strategie durch den Europäischen Rat im Jahre 2000 verändert. Wir haben gelernt, wie schwierig es ist, dieses ehrgeizige Ziel zu verwirklichen. Was sich nicht verändert hat und was sich auch nicht verändern sollte, das ist das eingangs erwähnte Ziel von Lissabon. Die Strategie ist komplex und äußerst anspruchsvoll. Doch die Zielvorstellung einer dynamischen Wirtschaft und einer besseren Gesellschaft, wie sie mit der Strategie für Europa geschaffen wird, ist richtig. Sie baut auf Europas einzigartigen Stärken auf und entspricht den Bestrebungen der europäischen Bürger und Bürgerinnen. Nachfolgend wird erläutert, wie sie besser in die Tat umgesetzt werden kann.

Die Lissabon-Strategie – komplex, aber einfach

Die Lissabon-Strategie wurde vielfach wegen ihrer Komplexität kritisiert. Aufgrund ihrer multiplen Ziele und Instrumente, die sich auf die Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik erstrecken, wird sie gelegentlich mit einem Weihnachtsbaum verglichen.

Den Kern der Lissabon-Strategie bildet jedoch ein sehr einfacher, aber häufig nicht richtig verstandener Gedanke. In der Lissabon-Strategie widerspiegelt sich das Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialmodell, mit dem Europa seine Zukunft aufbauen wird – das, was wir in diesem Bericht als ein **Europa der Spitzenklasse** bezeichnen. Konfrontiert mit der Wahl zwischen der expansiven „High-Road-Strategie“ und der kostenorientierten „Low-Road-Strategie“ zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, ist Lissabon gleichzusetzen mit Europas Entscheidung für die „High Road“. Bei diesem Modell von einem Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension zu sprechen – wie viele Kommentatoren dies tun – ist Ausdruck eines grundlegenden Missverständnisses.

Dabei macht die **Interdependenz** von wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Fortschritt das Wesen der Lissabon-Strategie aus. Für all diejenigen – in nationalen Regierungen und an anderer Stelle – die dies immer noch nicht verstanden haben, sei nochmals daran erinnert, worum es eigentlich geht.

Zwei Modelle, eine Wahl

Europas Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert und das Wesen der europäischen Gesellschaft selbst hängen davon ab, wie wir auf drei zentrale Probleme der modernen Weltwirtschaft reagieren:

- auf die Globalisierung selbst, einschließlich des Konkurrenzdrucks seitens sowohl der Industrienationen als auch einiger Entwicklungsländer;
- auf den ständigen und immer rasanteren Wandel nicht nur im Technologiebereich, sondern auch in Bezug auf Märkte, Moden und Geschäftsmodelle sowie
- auf die chronische wirtschaftliche und politische Instabilität der internationalen Lage mit ihren Folgen für die Energieversorgung, für Migrationstendenzen, das allgemeine wirtschaftliche Umfeld und die geopolitische Rolle der EU – einschließlich des Wettstreits zwischen unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialmodellen.

Europa hat sich, wie in der Lissabonner Erklärung deutlich wird, entschieden, seine Wettbewerbsstrategie auf hohe Kompetenz, auf die hohe Qualität seiner Infrastruktur, seines öffentlichen Dienstes, seiner Umwelt, seiner Sozialsysteme, seiner Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, seiner Arbeitsmärkte, seiner Unternehmen u. v. m. zu stützen.

Diese Entscheidung ist Ausdruck dafür, dass man erkannt hat, dass Europa als Billigproduzent langfristig keine Zukunft in einer globalen Wirtschaft hat. Wir können nicht mit den niedrigsten Lohnkosten, den fügsamsten Arbeitnehmern, niedrigsten Steuern, lockersten Regelungen im Bereich Umwelt, Soziales sowie im Gesundheits- und Arbeitsschutz unserer Konkurrenz mithalten und sollten es auch nicht versuchen. Eine solche Strategie kann nicht funktionieren, und wir können unsere Wirtschaft nicht retten, indem wir unsere Gesellschaft zerstören.

Die Lissabonner Alternative besteht darin zu erkennen, dass das europäische Sozial- und Umweltmodell die Förderung der Investitionstätigkeit und die Schaffung eines Umfeldes, in dem international führende Unternehmen florieren können, nicht behindert, sondern begünstigt. Investoren werden sich für Europa entscheiden, weil sie dort qualifizierte Arbeitskräfte, dynamische Universitäten und Forschungszentren, ein erstklassiges Kommunikationsnetz, eine effiziente öffentliche Verwaltung, sozialen Frieden und eine hohe Lebensqualität vorfinden. Diese Merkmale machen den europäischen Wettbewerbsvorteil aus und unterstützen die Entwicklung der flexiblen und dynamischen Unternehmen des 21. Jahrhunderts.

EIN SKANDINAVISCHER WEG ZUR SPITZENKLASSE



Es führt mehr als ein Weg zu hoher Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum. Der Weg, den die USA eingeschlagen haben, ist weit vom europäischen Sozial- und Umweltmodell entfernt. Innerhalb von Europa stellt das skandinavische Modell, das wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mit einem starken Wohlfahrtssystem und einem hohen Umweltniveau miteinander vereint, eine erfolgreiche Alternative dar. Laut „Global Competitiveness Report 2004-2005“³ rangieren drei skandinavische Länder unter den fünf wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt und demonstrieren damit, dass hohe Steuern, ein starker öffentlicher Sektor, hohe Einkommen, gute soziale Leistungen und ein hohes Maß an sozialem Schutz Wachstum und Wohlstand nicht ausschließen, sondern sie sogar fördern. Erreicht wurde dies durch Arbeitsmarktreformen; durch die Förderung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik mit öffentlichen Mitteln; durch Priorisierung von Bildung und lebenslangem Lernen; Verkürzung der in Arbeitslosigkeit verbrachten Zeit; Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und gegen Diskriminierung; eine Strategie erstklassiger Arbeitsplätze und durch die höchsten Ausgaben für FuE in der EU mit Schwerpunkt auf umweltfreundlichen Technologien.

Der erste Schritt zum Erfolg: Politikkohärenz

Um die Lissabon-Strategie erfolgreich umsetzen zu können, muss man das ihr zugrunde liegende Wirtschaftsmodell verstehen, denn es hat weitreichende Konsequenzen für die Politik. Eine Voraussetzung für den Erfolg bei allen Komponenten der Lissabon-Strategie, also bei den öffentlichen Finanzen und dem öffentlichen Dienst, den Arbeitsmärkten, bei Bildung und Ausbildung, dem Binnenmarkt, bei Forschung und Entwicklung, in der Umweltpolitik und bei den Sozialschutzsystemen, ist die Verwirklichung von Politiken, die sich im Einklang mit dem gewählten Modell der wirtschaftlichen Entwicklung befinden. Im zweiten Teil dieses Berichts wird klar erläutert, was das für jeden einzelnen dieser Schlüsselpolitikbereiche bedeutet.

Bevor Europas Regierungen die Lissabon-Strategie erfolgreich umsetzen können, müssen sie diese verstehen. Bisweilen entsteht der Eindruck, dass Minister und Mitglieder der Kommission abseits der medienwirksamen Gipfeltreffen einen ganz anderen Ton anschlagen und unter Wettbewerbsfähigkeit lediglich die Öffnung der Märkte, niedrigere Steuern und eine Vereinfachung des Regelungsumfeldes für Unternehmen verstehen, während der Rest lediglich dekoratives Beiwerk zu sein scheint – aus politischer Sicht notwendig, aber eigentlich eine Ablenkung von der wirklichen Aufgabe, nämlich der Erhöhung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Das ist durchaus eine Strategie, aber das ist nicht die Lissabon-Strategie.

³ Weltwirtschaftsforum.

Es geht um Folgendes: Die Kommission und der Europäische Rat müssen die Halbzeitbilanz nutzen, um zu entscheiden, ob es ihnen mit der Lissabon-Strategie, mit dem auf einem Europa der Spitzenklasse beruhenden Wirtschafts- und Sozialmodell ernst ist. Lautet die Antwort auf diese Frage Ja, dann muss jede mit der Lissabon-Strategie in Berührung kommende Politik auf dieses Modell abgestimmt sein, und das macht in einigen Bereichen ein erhebliches Umdenken erforderlich.

Eine radikale Agenda für den Erfolg

Engagement für ein Europa überdurchschnittlicher Leistungen, Engagement für ein hohes Sozial- und Umweltschutzniveau und gute öffentliche Dienstleistungen ist nicht gleichzusetzen mit der Verteidigung des Status quo. Die These des vorliegenden Berichts besteht nun darin, dass diese Aspekte Teil einer erfolgreichen ökonomischen Formel sein können und werden müssen, und nicht, dass die Sozial- und Umweltpolitik in ihrer jetzigen Form oder die geltenden Regelungsrahmen diesen Anforderungen lediglich entsprechen. Der übrige Teil dieses Berichts erläutert die radikalen Veränderungen, die in einigen Schlüsselpolitikbereichen vorgenommen werden müssen, damit Europa die Ziele von Lissabon erreichen kann:

- **Erschließen unseres produktiven Potenzials.** Dieser Abschnitt legt dar, wie ein starker und einheitlicher Binnenmarkt mit einer in sich geschlossenen wirtschaftlichen Ordnungspolitik (economic governance) den makroökonomischen Rahmen für mehr Unternehmertum in Europa sowie nachhaltiges Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze schaffen kann. Mehr Wachstum und Arbeitsplätze sind eine Grundvoraussetzung dafür, dass Reformen generelle Akzeptanz und Unterstützung finden.
- **Umsetzung, Eigenverantwortung und Demokratie.** Dieser Abschnitt zeigt, wie mehr Demokratie und stärkere Instrumente der Ordnungspolitik der lückenhaften Umsetzung der Lissabon-Ziele durch die EU und die Mitgliedstaaten mehr Kontinuität verleihen können.
- **Politiken im Dienste der Spitzenklasse.** Dieser Abschnitt hat Änderungen zum Gegenstand, die erforderlich sind, damit Europa dank seiner sozialen und ökologischen Exzellenz, seines Unternehmertums und seiner wissensbasierten Wirtschaft im globalen Wettbewerb bestehen kann.

Auf die Strategie abgestimmte Politiken

1. Erschließen unseres produktiven Potenzials

Dass zwischen Strukturreformen und makroökonomischer Politik eine wechselseitige Abhängigkeit besteht, liegt eigentlich auf der Hand. Dennoch wird diese Beziehung in vielen Diskussionen über die Lissabon-Strategie überhaupt nicht erwähnt. Deshalb

soll an dieser Stelle eindeutig festgestellt werden, dass keine Wirtschaft ihr produktives Potenzial ohne einen geeigneten, als Stütze wirkenden makroökonomischen Rahmen ausschöpfen kann. Die Lissabon-Strategie wird fehlschlagen, wenn wir bei der Gestaltung der makroökonomischen Politik Fehler machen, und das war bisher der Fall.

Im zurückliegenden Jahrzehnt blieb das Wirtschaftswachstum der EU weit hinter seinen Möglichkeiten zurück, was zur Folge hatte, dass Millionen potenzieller Arbeitsplätze nicht geschaffen werden konnten. Weder die öffentlichen noch die privaten Investitionen reichten aus, um das Wachstum anzukurbeln. Die Bruttoinvestitionen der öffentlichen Hand sind im Euroraum von 4 % des BIP Anfang der siebziger Jahre auf 2,4 % gefallen, die Investitionen des privaten Sektors waren ebenfalls rückläufig. Investitionen in Sach- und Humankapital stellen den Hauptmechanismus für den Übergang von einer Stabilisierungspolitik zu langfristigem Wirtschaftswachstum dar und bilden eines der wichtigsten Instrumente der Lissabon-Strategie. Stabilität ist ein öffentliches Gut, das es zu verteidigen gilt, aber es wird keine Stabilität ohne Wachstum geben. Makroökonomische Reformen bilden daher eine wichtige Komponente jeglicher Bemühungen um die Wiederbelebung der Lissabon-Strategie.

Weshalb die Binnennachfrage von Bedeutung ist

Über 80 % des Austauschs von europäischen Waren und Dienstleistungen findet innerhalb der EU statt. Ein großer und lebhafter Binnenmarkt ist für die Konjunkturerwartungen der Wirtschaft, die Investitionen und Wachstum auslösen und Arbeitsplätze schaffen, unentbehrlich. Er stellt gleichzeitig einen schlagkräftigen Vorteil im internationalen Wettbewerb dar, den einige unserer größten Handelskonkurrenten wie die USA, Japan, China und Indien genießen. Angesichts des akuten Kursverfalls des Dollars kommt der Binnennachfrage eine noch größere Bedeutung zu. Wir müssen diese Nachfrage durch Investitionsförderung ankurbeln. Dies stützt sich auf starken Verbrauch, was wiederum vom Schutz der errungenen Position der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen abhängig ist.

Würden wir die im EU-Haushalt bereitgestellten Mittel vollständig ausgeben, Zinssätze senken, die Politik der EIB zur Förderung privater Investitionen aufgreifen und die öffentlichen Ausgaben der Mitgliedstaaten und der EU auf die Lissabonner Ziele ausrichten, so könnte die europäische Wachstumsrate zwischen 2005 und 2007 um jährlich fast 1 % und zwischen 2007 und 2010 um etwa 0,5 % pro Jahr angehoben werden. Dadurch würden bis 2010 zusätzlich 3,4 Millionen Arbeitsplätze entstehen, deren Zahl schließlich auf 4,7 Millionen ansteigen würde.⁴

Untersuchungen dieser Art zeigen, dass die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie wertlos ist, sofern sie nicht die – positiven oder negativen – Auswirkungen der makroökonomischen Politik auf die Kernziele Wachstum und

⁴ "Momentum für einen Konjunkturaufschwung in Europa. Zur Förderung von öffentlichen und privaten Investitionen" (PES 2003). Berücksichtigt man die wahrscheinliche positive Wirkung auf das Vertrauen von Investoren, so kann von einer weiteren Verbesserung dieser Werte ausgegangen werden.

Arbeitsplätze berücksichtigt. In den folgenden fünf Abschnitten wird daher erläutert, wie der Lissabon-Strategie durch die Schaffung eines kohärenten und wachstumsorientierten makroökonomischen Rahmens und die Vollendung des Binnenmarktes Auftrieb gegeben werden kann.

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Angesichts deutlicher Anzeichen für Schwachstellen im Stabilitäts- und Wachstumspakt legte Kommissionsmitglied Joaquín Almunia im September 2004 Vorschläge für eine Reform vor, um sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Korrektur haushaltspolitischer Probleme früher eingeleitet und den unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten besser Rechnung getragen wird. Ferner sei es notwendig, stärker auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen abzustellen, Vorschriften strikter durchzusetzen und die Kohärenz der Wirtschaftsinstrumente der EU zu verbessern.

Die Vorschläge der Kommission sind ein großer Schritt hin zu einer effektiveren und stärker wachstumsorientierten makroökonomischen Politik, und sie sollten bei der Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie eine wichtige Rolle spielen. Doch die SPE-Fraktion ist der Ansicht, dass die geplante Reform nicht weit genug geht.

Eine der großen Schwächen des Paktes besteht darin, dass der bedeutende wirtschaftliche Unterschied zwischen laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben nicht erkannt wird. Das hat zur Folge, dass die Investitionen, die erforderlich sind, damit Europa die Lissabonner Ziele erreichen kann, oftmals als erste dem Rotstift zum Opfer fallen. Ein reformierter Pakt sollte klar zwischen Investitionen und laufenden Ausgaben unterscheiden, wobei gelten sollte, dass die öffentliche Hand im Verlauf des Konjunkturzyklus Kredite lediglich zu Investitionszwecken und nicht zur Finanzierung laufender Ausgaben aufnimmt. Das darf nicht zu einer laxen oder kreativen Handhabung der Rechnungsführung oder Haushaltsplanung führen. Die Definition der Ausgaben, die im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes als Investitionen gelten, sollte sich streng auf die Bereiche Bildung, soziale Dienste, Forschung und Entwicklung, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sowie die Infrastruktur für erneuerbare Energie beschränken. In Übereinstimmung mit der Philosophie von Lissabon ist ein Großteil der Investitionen in die Bildung, die traditionell als laufende Ausgaben gelten, als Investitionen zu definieren.

Mehr Kohärenz in der wirtschaftlichen Ordnungspolitik

Kennzeichnend für die wirtschaftliche Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft ist die Vielzahl von zu erstellenden Plänen und Berichten. Jedes Jahr müssen die Mitgliedstaaten Stabilitäts- und Konvergenzberichte, Beschäftigungsberichte, Strukturreformberichte, die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Umsetzungsberichte und vieles mehr erarbeiten. Die Zahl der Berichte beläuft sich auf über 300 pro Jahr; darin geht jede klare politische Botschaft unter. Ein einfacheres und

kohärenteres Verfahren wird gebraucht, das alle Fäden zusammenführt und somit einen Schwerpunkt schafft, auf den sich Öffentlichkeit und Parlament bei ihren Prüfungen konzentrieren können. Europa braucht eine viel effektivere Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

Wir schlagen vor:

1. dass jeder Mitgliedstaat einen eigenen Dreijahresbericht zur **Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik** verabschiedet, der die derzeitigen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie die Wirtschafts- und Beschäftigungsberichte in sich vereint und nationalen Besonderheiten, Prioritäten und der Vielfalt Rechnung trägt;
2. dass die derzeitige Vielzahl von Jahresberichten über die Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie von einem einzigen Dreijahresplan für **Wachstum und Kohäsion**⁵ ersetzt wird, der auf nationaler Ebene dem jährlichen Synthesebericht der Kommission entspräche, in dem die Fortschritte des zurückliegenden Jahres zusammengefasst und Ziele und Termine für das folgende Jahr festgelegt werden.

Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik sollten gemeinsam mit den nationalen Berichten zur Wirtschaftspolitik und den neuen nationalen Wachstums- und Kohäsionsprogrammen maßgeblich zur Sicherung der Kohärenz zwischen dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, den einzelstaatlichen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken und der Lissabon-Strategie beitragen. Die Grundzüge befassen sich ohnehin mit Strukturfragen. Sie sollten sich zu einem wichtigen wirtschaftspolitischen Instrument entwickeln, das die europäische Wirtschaftspolitik sowohl im Stadium der Gestaltung als auch im Stadium der Umsetzung wirksam bestimmt. Nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sollten die wichtigsten Ziele der Grundzüge der Wirtschaftspolitik sein. Ebenso viel Bedeutung sollten sie der Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und vor allem von Investitionen beimessen, wobei der Zusammenhang zwischen öffentlichen Investitionen und den Zielen von Lissabon herauszuarbeiten ist. Dies sollte sich auf einzelstaatlicher Ebene in den nationalen Plänen und Programmen widerspiegeln.

Diese Vereinfachung – die über den Bericht Kok hinausgeht – wäre ein großer Schritt, und zwar nicht nur hin zu einer kohärenteren Politikgestaltung, sondern auch in Bezug auf Transparenz und die nationale Identifikation mit Lissabon, auf die wir in diesem Bericht noch eingehen werden.

Die Frühjahrstagung 2005 sollte dem Beispiel des Binnenmarktprogramms von 1992 folgen und die Lissabon-Strategie in ein klar umrissenes Fünfjahresprogramm mit konkreten Schritten und Fristen für Maßnahmen umwandeln, die von der EU und auf nationaler Ebene zu ergreifen sind, ohne den Europäischen Frühjahrgipfel und sein Führungs- und Auswertungsmandat in Frage zu stellen.

⁵ Im Bericht Kok wird ein ähnlicher Plan vorgeschlagen, der dort als "nationales Programm" bezeichnet wird.

BESTEuerung UND LISSABON



Unlauterer Wettbewerb im Bereich der Besteuerung gefährdet den Zusammenhalt der EU. Die Aushöhlung der Steuerbasis und die Steuervermeidung bewirken verminderte Einnahmen der öffentlichen Hand, und die Steuerlast verlagert sich auf den am wenigsten mobilen Produktionsfaktor – den Faktor Arbeit. Dies wiederum wirkt sich nachteilig auf die Beschäftigung, eines der zentralen Ziele der Lissabon-Strategie, aus.

Beim Steuersenkungswettlauf-Modell zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ist ein Wettbewerb im Bereich der Besteuerung gut. Beim Lissabonner Modell allerdings, das sich auf Spitzenklasse, hochgebildete und –qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, ein erstklassiges Gemeinwesen sowie Universitäten von Weltrang stützt, sind gesunde öffentliche Finanzen von grundlegender Bedeutung, und die Aushöhlung der Steuerbasis stellt eine Gefahr dar, der entgegengewirkt werden muss. Das ist einer der Gründe, weshalb der Binnenmarkt im Hinblick auf die Körperschaftsteuer einen koordinierten Ansatz braucht – keinen einheitlichen Steuersatz, aber eine progressive Koordinierung der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer, die schließlich zu einer Angleichung der europäischen Körperschaftsteuersätze führt. Die Körperschaftsteuer könnte dem Vorbild der Koordinierung im Bereich der Mehrwert- und Verbrauchsteuern folgen, und man könnte Mindest- und Höchstsätze einführen.

Anhand der Position der Mitgliedstaaten in Haushalts- und Steuerfragen wird sich zeigen, wie ernst es ihnen mit der Lissabon-Strategie ist. Höhere Bildungsstandards, lebenslanges Lernen, mehr FuE, bessere Infrastruktureinrichtungen und öffentliche Dienstleistungen, Zusammenhalt und soziale Integration, aktive Arbeitsmarktpolitik – all das erfordert u. a. öffentliche Mittel. Doch nur allzu oft können sich Regierungen nicht von dem Vorurteil lösen, dass sich Wachstum und Arbeitsplätze nur mit niedrigeren Steuern schaffen lassen. Dabei spricht vieles dagegen. Unsere Botschaft lautet: Nichts ist umsonst. Die Lissabon-Strategie ist Europas beste Hoffnung für die Zukunft, aber sie kostet Geld.

Eine wachstumsfördernde europäische Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank verfolgt ein Inflationsziel, das weniger Spielraum als jedes andere Inflationsziel bietet, an dem sich die Zentralbanken in anderen Währungsgebieten orientieren. Es ist zudem asymmetrisch und veranlasst die Bank, stärker auf inflationäre als deflationäre Risiken zu reagieren, obwohl Europa ständig mit einer zu geringen als einer zu hohen Nachfrage, mit Stagnation anstatt Inflation zu kämpfen hat. Fünf Jahre nach Einführung des Euro ist es an der Zeit, die europäische Geldpolitik neu zu bewerten. Dabei sollten vor allem das Wesen des Inflationsziels untersucht und die kritischen Stimmen gehört werden, denen zufolge die EZB ihre Zinssätze oft in völlig unzureichender Weise nach oben oder unten anpasst und das auch häufig zu spät.

Mittels einer Geldpolitik, die nicht nur auf Stabilität setzt, sondern auch Wachstum und Beschäftigung in Europa ankurbelt, sollte die EZB einen größeren Beitrag zur globalen Erholung leisten, so wie es sich die Federal Reserve der USA zur Aufgabe gemacht hat, sowohl Stabilität als auch Wachstum in der amerikanischen Wirtschaft zu fördern. Die EU sollte eine engere globalere Währungszusammenarbeit unterstützen, um die Bedrohung von europäischer Beschäftigung und Wachstum seitens internationaler Währungsinstabilität zu verringern.

Eine europäische Investitionspolitik

Investitionen – der öffentlichen Hand oder des privaten Sektors – sind der Motor der Umgestaltung, ob von Produktions- oder Bildungssystemen, der Arbeitsmärkte oder von Infrastrukturanlagen. Zur Ankurbelung öffentlicher Investitionen und zur Stimulierung privater Investitionen bedarf es gemeinsamer Maßnahmen, die bei einer Abstimmung auf nationaler und europäischer Ebene mehr Effektivität bieten.⁶ Der Schwerpunkt sollte dabei auf solchen Investitionen liegen, die für die Lissabon-Ziele am wichtigsten sind, also bei Forschung und Innovation, bei der Wissensgesellschaft, Bildung und Ausbildung sowie öffentlichen Diensten.

Wesentliche Bedeutung kommt sorgfältig abgestimmten und gezielten **Kohäsionsprogrammen** zu. Europas größte Produktivitätszuwächse werden dadurch zustande kommen, dass die Produktivität in den neuen Mitgliedstaaten – wie auch den wirtschaftlich schwächeren Regionen der alten Mitgliedstaaten – auf das Niveau der fortgeschrittensten Regionen der EU angehoben werden wird. Aus dem Dritten Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt geht klar hervor, welchen Beitrag Ausgaben für Kohäsionsziele zur Erreichung der Lissabonner Ziele leisten können. Ferner werden darin Reformen zur Untermauerung dieser Ziele vorgeschlagen. Das vom Europäischen Rat in Edinburgh anvisierte Ziel von 0,46 % für Kohäsionsausgaben sollte eingehalten und sämtliche Programme der Gemeinschaft auf die Prioritäten von Lissabon abgestimmt werden.

Nach der Erweiterung sind auch Probleme im Zusammenhang mit Unzulänglichkeiten im Infrastrukturbereich besonders in den Vordergrund gerückt. In vielen Fällen werden umfassende Investitionen der Länder in diesem Bereich sowie zusätzliche europäische Mittel erforderlich sein. Ohne erstklassige Verkehrs-, Telekommunikations-, Energie- und andere Infrastrukturanlagen besteht die Gefahr, dass Wettbewerbsvorteile verpuffen.

Den Transeuropäischen Netzen, mit denen die größten Lücken in den europäischen Infrastrukturnetzen geschlossen werden sollen, kommt eine besondere Rolle bei der Verbesserung der Flexibilität und Effizienz der Wirtschaft und

Verbesserung territorialer Kohäsion bei gleichzeitiger Schaffung eines vollendeten Binnenmarktes zu. Nach ihrer Vollendung könnten sie die Wachstumsrate in der EU um 0,2-0,3 % anheben, was der Schaffung von zusätzlich etwa einer Million Arbeitsplätzen in der gesamten Union entspräche. Ausgehend davon sollten die vorrangigen TENs-Projekte, die vor 2010 anlaufen sollen, mit einem Gemeinschaftsdarlehen gesichert werden.

MEMO AN DEN FRÜHJAHRSGIPFEL: SEIEN SIE REALISTISCH IN BEZUG AUF FUE

➤ Auf europäischen Gipfeln wird immer wieder das Ziel gesetzt, bis 2010 in Europa 3 % des BIP in die Forschung und 2 % in die Hochschulbildung zu investieren, aber es wird dann nicht umgesetzt. Dabei haben es die Gipfelteilnehmer selbst in der Hand. Im Hinblick auf die öffentliche FuE geht es darum, auf nationaler und EU-Ebene haushaltspolitische Entscheidungen zu treffen, die der geforderten Erhöhung entsprechen – im Durchschnitt eine Erhöhung der Ausgaben um 6 %. Im Falle der privaten FuE sind die bewährten Anreize wohl bekannt – woran es mangelt, das ist das politische Engagement, sie zu nutzen.

Im Rahmen einer aktiveren Investitionspolitik sollte die Rolle der EIB gestärkt werden, wobei die Betonung auf Beratung und technischer Unterstützung für die Mitgliedstaaten und den privaten Sektor liegen sollte. Einen besonderen Schwerpunkt sollte dabei die Bereitstellung von mehr Risikokapital und die Unterstützung des Mittelstands bilden. Ferner sollte man im Rahmen der Halbzeitbilanz auf den seinerzeit von Jacques Delors unterbreiteten Vorschlag zur Einführung von europäischen Schuldverschreibungen (Eurobonds) zur Finanzierung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse zurückkommen.

Umgestaltung des EU-Haushalts: eine finanzielle Grundlage für Lissabon

Auseinandersetzungen um Ausgaben sind auch Auseinandersetzungen um das Schicksal der Lissabon-Strategie. Wer das Ziel erreichen will, muss etwas dafür tun. Wir dürfen nicht zulassen, dass gerade die Mitgliedstaaten Lippenbekenntnisse zu Lissabon abgeben, ohne für die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsressourcen zu sorgen. Das gilt sowohl für die nationale als auch die europäische Ebene. Auf dem Frühjahrsgipfel sollte man sich verpflichten, eine **Finanzielle Vorausschau** zu erarbeiten, die sich im Einklang mit der Lissabon-Strategie befindet.

Die Europäische Union muss so ausgestattet werden, dass sie die ihr übertragenen Aufgaben effizient lösen kann. Sie braucht eine zuverlässige und angemessene Quelle für eigene Mittel. Verschiedene potenzielle Quellen verdienen eine einge-

hendere Prüfung, einschließlich des Vorschlags einer – sehr niedrig angesetzten – europäischen Abgabe für den Straßentransport von Handelswaren, für Unternehmensgewinne oder für Energie.

Die Struktur und Zusammensetzung der EU-Ausgaben sind ebenfalls ausschlaggebend für den Erfolg von Lissabon. Einer der Grundsätze des politischen Lebens lautet doch sicher, dass öffentliche Gelder in Übereinstimmung mit politischen Prioritäten ausgegeben werden sollten. Die neue Finanzielle Vorausschau muss genutzt werden, um den EU-Haushalt so umzustrukturieren und neu auszurichten, dass er deutlich die Ziele von Lissabon anvisiert.

Der von der Kommission vorgeschlagene Europäische Wachstumsanpassungsfonds könnte der Union mittels Maßnahmen zur Wachstumsstimulierung eine raschere Reaktion auf wirtschaftliche Veränderungen ermöglichen. Gleichzeitig sollten aber auch die Strukturfonds und Gemeinschaftsprogramme überdacht und auf die Lissabon-Ziele ausgerichtet werden. Haushaltsmittel, die nicht ausgegeben werden, sollten in den Wachstumsanpassungsfonds eingezahlt werden, dem so Mittel in beträchtlicher Höhe zufließen würden, die dann vordringlich für die Lissabon-Programme bereitgestellt werden könnten. Es handelt sich dabei um beträchtliche Summen; 2003 wurden 5,47 Milliarden Euro an die Mitgliedstaaten zurückgezahlt.

2. Umsetzung, Eigenverantwortung und Demokratie

Die hochrangige Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok bestätigte, was ohnehin auf der Hand lag: dass nämlich das größte Problem der Lissabon-Strategie in der mangelhaften Umsetzung durch die Mitgliedstaaten liegt. Von 40 seit 2000 angenommenen „Lissabon-Richtlinien“ wurden lediglich sieben von allen Mitgliedstaaten umgesetzt⁷. Dies ist teilweise auf Haushaltszwänge zurückzuführen. Zu Recht gab jedoch die Kok-Gruppe dem Mangel an politischem Willen die Schuld, der seinerseits Ausdruck dafür ist, dass sich die Mitgliedstaaten nicht mit der Lissabon-Strategie identifizieren.

Wenn die Minister in ihre jeweiligen Hauptstädte zurückkehren, sind sie bezüglich der Einlösung der auf den Gipfeltreffen eingegangenen Verpflichtungen im Allgemeinen nur wenig oder keinem Druck seitens der Parlamente, der Presse oder der Öffentlichkeit ausgesetzt. Das ist zum Teil auf die Komplexität der Lissabon-Strategie und teilweise auch auf die mangelnde Offenheit ihrer Strukturen zurückzuführen. Wir unterstützen den Vorschlag der Kok-Gruppe, sich auf weniger Ziele zu konzentrieren, obwohl die Auswahl der Ziele durch die Gruppe in einigen Punkten nicht ausgewogen ist. Wir haben bereits erläutert, wie die Verfahren zur Koordinierung der Umsetzung der Lissabon-Ziele auf europäi-

⁷ Die Kommission sollte bei der Umsetzung von EU-Richtlinien strenger und schneller reagieren. In der gesamten Geschichte der EU gibt es nur zwei Fälle, in denen Mitgliedstaaten zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, wobei sich der eine Fall zwölf Jahre hinzog. Das Europäische Parlament seinerseits sollte durch verstärkten demokratischen Druck auf die Einlösung politischer Verpflichtungen hinwirken.

scher und einzelstaatlicher Ebene vereinfacht werden können. Nachfolgend unterbreiten wir weitere Vorschläge:

- wie nationalen Parlamenten und Sozialpartnern mehr Eigenverantwortung für die Lissabon-Strategie übertragen werden kann – durch bessere Möglichkeiten der Mitgestaltung und Überwachung des Prozesses;
- für eine transparentere und verständlichere Gestaltung der Entscheidungsfindung im Rahmen der Lissabon-Strategie.

Nationale Eigenverantwortung: eine Aufgabe für Parlamente und die Zivilgesellschaft

Unserer Ansicht nach sind die nationalen Parlamente der Schlüssel zur Verwandlung der europäischen Lissabon-Agenda in eine nationale Agenda in jedem Mitgliedstaat. Wir glauben, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten maßgeblich zur Verankerung der Lissabon-Strategie im demokratischen Prozess beitragen und sie zum Gegenstand einer verstärkten öffentlichen Debatte, Prüfung und demokratischen Kontrolle machen kann.

Die "nationalen Wachstums- und Kohäsionspläne"⁸ werden den Mitgliedstaaten einen klareren Überblick über die Umsetzung der Lissabon-Agenda auf nationaler Ebene vermitteln und ihnen die Erarbeitung einer eigenen Strategie dazu ermöglichen. Die nationalen Parlamente müssen eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung einer nationalen Strategie und der Kontrolle ihrer Umsetzung spielen. Dies muss in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern und nationalen und lokalen Akteuren erfolgen, um eine breite Koalition für den Wandel aufzubauen, die die nationale Lissabon-Strategie zu ihrer eigenen Sache gemacht hat.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten sollte sich zum Schlüsselement bei der Überbrückung der Kluft zwischen europäischer und nationaler Politik entwickeln. Die SPE-Fraktion hat bereits erste Schritte in diese Richtung eingeleitet. Auf Initiative der Sozialdemokraten hat das Europäische Parlament im Dezember 2004 eine neue horizontale Struktur zur Koordinierung seiner Arbeit im Rahmen der Lissabon-Strategie geschaffen und bereitet derzeit ein interparlamentarisches Forum vor, das im Vorfeld des Frühjahrsgipfels 2005 stattfinden soll und das, falls es erfolgreich ist, zu einem permanenten Bestandteil des Lissabon-Prozesses werden könnte.

Mehr Offenheit im Regierungshandeln auf EU-Ebene

Die Umsetzung der Lissabon-Strategie erfordert auch einen politischen Motor auf europäischer Ebene, der in der Lage ist, die Agenda in Übereinstimmung mit den Wünschen und Prioritäten der europäischen Bürger und Bürgerinnen voranzutreiben. Das ist derzeit nicht der Fall. Die Umsetzung der Lissabon-Strategie auf EU-Ebene ist

⁸ Siehe Abschnitt "Mehr Kohärenz in der wirtschaftlichen Ordnungspolitik".

im Wesentlichen Gegenstand von Diskussionen im Rat und in Beamtenausschüssen. Das Europäische Parlament sollte zu den wichtigsten Instrumenten der wirtschaftlichen Koordinierung, einschließlich der Grundzüge der Wirtschaftspolitik, der beschäftigungspolitischen Leitlinien, der Koordinierung der Sozialpolitik und des Syntheseberichts konsultiert werden. Dies muss vor allem ein jährlicher Prozess bleiben, der sich auf den Frühjahrsgipfel konzentriert.

Der jährlich stattfindende Dreiparteien-Sozialgipfel sollte die Ergebnisse eines intensivierten Dialogs mit den Bürgern und Bürgerinnen in den europäischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.

Die neue Kommission sollte die Halbzeitbilanz auch dazu nutzen, um die jeweilige Rolle der Gesetzgebung und die der offenen Koordinierungsmethode neu zu überdenken. In den vergangenen Jahren hat sich eine stark angeschlagene und gescholtene Kommission bisweilen zu stark auf die offene Koordinierungsmethode verlassen, und zwar sogar in Fällen, in denen der Vertrag eindeutig einen legislativen Ansatz vorsieht. Zwar sollte dem europäischen Regierungshandeln eine gewisse Leichtigkeit zu eigen sein, aber zuweilen erfordern die Interessen der Lissabon-Strategie gemeinschaftliche Regeln oder gemeinschaftliche Normen, die mit der offenen Koordinierungsmethode nicht zu haben sind.

3. Politiken im Dienste der Spitzenklasse

In diesem Bericht wird zugunsten politischer Maßnahmen argumentiert, mit denen im Sozial- und Umweltbereich, in der wissensintensiven Wirtschaft und anderswo Spitzenklasse angestrebt wird, wofür es drei Gründe gibt:

- Erstens, weil wirtschaftlicher Fortschritt sozialem Fortschritt dienen muss. Ziel von Lissabon muss es sein, eine stärkere Wirtschaft und eine bessere Gesellschaft zu schaffen – wir können Dinge nicht verbessern, indem wir sie verschlechtern.
- Zweitens, weil ein neuer Impuls für die Lissabon-Strategie die Mobilisierung aller politischen und wirtschaftlichen Akteure auf sämtlichen Ebenen erfordert. Man kann eine demokratische Gesellschaft nicht mit einer Strategie mobilisieren, die den Menschen glaubhaft machen will, Europa würde zwar immer reicher, könne sich die in den vergangenen Jahrzehnten als selbstverständlich erachteten Sozial- und Umweltleistungen jedoch nicht mehr leisten.
- Drittens, weil sie ein grundlegendes Element der europäischen Strategie für Erfolg im Wettbewerb sind.

In der Einleitung zu diesem Bericht wurde ausgeführt, dass der Erfolg der Lissabon-Strategie von einer deutlichen Vision des dieser Strategie zugrunde liegenden Wettbewerbsmodells sowie davon abhängig ist, dass alle im Rahmen von Lissabon vorgebrachten Politiken mit diesem Modell kompatibel sind.

Wir behaupten nicht, dass die derzeitige Politik zum Beispiel im Sozial- oder Umweltbereich immer optimal auf die Anforderungen des Wettbewerbs abgestellt ist. Bisweilen werden Reformen nötig sein, um unserem Ziel der Nachhaltigkeit bei Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit besser gerecht zu werden. Aber Reform sollte keine beschönigende Umschreibung für die Herabsetzung von Qualitätsstandards sein, wie bei einigen zu bemerken. In der Lissabon-Strategie trägt Spitzenklasse zu europäischer Wettbewerbsfähigkeit bei und behindert diese nicht. Hier ein paar Beispiele, wie sich dieses Verständnis auf unsere Politiken auswirken kann:

Wettbewerbsvorteile durch soziale Spitzenklasse

In einer Welt des immer mobiler werdenden Kapitals sind die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die dauerhafteste Quelle von Wettbewerbsvorteilen. Europas wertvollstes Gut im Wettbewerb sind daher Arbeitnehmer mit einer guten allgemeinen und beruflichen Ausbildung, die über die Unabhängigkeit und Motivation verfügen, auf den ständigen Wandel zu reagieren. Dies sowie die Notwendigkeit der Überwindung jener Barrieren, die so viele Europäer und Europäerinnen von der Erwerbstätigkeit abhalten, sollten die grundlegenden Prinzipien der europäischen Arbeitsplatz- und Arbeitsmarktpolitiken sein.

Es kommt nicht von ungefähr, dass die skandinavischen Länder, die die Lissabon-Strategie der sozialen Spitzenklasse am entschiedensten verfolgt haben, jetzt auch zu jenen gehören, die in der EU wirtschaftlich am besten abschneiden. Sie haben versucht, jene wirkliche Arbeitsplatzsicherheit zu schaffen, die darauf beruht, dass wir unsere Fähigkeiten auf dem neuesten Stand halten können, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen und uns entwickeln zu können. Die skandinavischen Regierungen haben massiv in aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie die für die wissensbasierte Wirtschaft erforderlichen Qualifikationen investiert, darunter auch die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer und Frauen, die sonst möglicherweise vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wären. Auf diese Weise können sich Arbeitsmärkte entwickeln, vorausgesetzt es sind ein gesunder sozialer Dialog, Systeme für die berufliche Bildung und die Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie ein System der sozialen Sicherheit, das niemanden ausgrenzt, vorhanden.


Soziale Spitzenklasse und Erhöhung der Beschäftigungsquote

Zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren sowie Experten herrscht seltene Einmütigkeit darüber, dass die Erhöhung der Beschäftigungsquote in Europa zu den dringendsten Aufgaben der Strategie von Lissabon zählt. Angesichts einer abnehmenden Erwerbsbevölkerung und der Verschiebung der Alterspyramide nach oben müssen wir alle verfügbaren Ressourcen aktivieren. Dies bedeutet vor allem, sich dem Thema der Nichterwerbstätigkeit zuzuwenden, insbesondere betreffend älteren

Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, unausgebildeten Immigranten und Immigrantinnen sowie ethischen Minderheiten. Politiken gegen soziale Ausgrenzung sind somit keine Ablenkung, sondern entscheidendes Element zur Erreichung eines der Hauptziele von Lissabon.

Die Politik muss auch den starken Zusammenhang zwischen Beschäftigungsquote und Nachhaltigkeit des europäischen Modells erkennen. Einer der stärksten Reformzwänge ergibt sich aus der Zunahme des Anteils von Personen im Ruhestand im Verhältnis zu den Erwerbspersonen. Dies ist teilweise auf demografische Effekte zurückzuführen, doch ist auch das effektive Rentenalter gesunken, was die Wohlfahrtspflege belastet und die Zahl der Erwerbstätigen verringert. Unter den richtigen Bedingungen würden viele dieser Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die Möglichkeit begrüßen, weiterhin erwerbstätig zu sein. Als eine der Hauptaufgaben der Halbzeitbilanz sollte angestrebt werden, die Voraussetzungen für eine solche Möglichkeit zu schaffen.

SOZIALER SCHUTZ - TEIL DES PROBLEMS ... ODER TEIL DER LÖSUNG?

 Zahlenangaben von Eurostat zufolge gelten in der Europäischen Union der 25 mehr als 15 Millionen Menschen als **betreuungsbedürftig**. In den meisten Ländern sind die Leistungen für Betreuungsbedürftige unzureichend, und es sind Frauen, die diese Lücke ausfüllen. Angaben aus Nordeuropa, wo angemessene Dienstleistungen vorhanden sind, zeigen, dass die Erwerbsquote von Frauen dort viel höher ist als in anderen europäischen Ländern. Somit kann die Lissabon-Strategie keinesfalls losgelöst von Politiken zum sozialen Schutz betrachtet werden, vielmehr sind diese Politiken ihr fester Bestandteil. Dieser Zusammenhang muss deutlicher herausgearbeitet werden.

Frauen bilden die größte Gruppe der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Personen. Für viele von ihnen hängt die Entscheidung über die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von der Verfügbarkeit attraktiver Angebote für Teilzeitarbeit oder befristete Arbeitsverträge ab. Dank des EU-Rechts entstehen bei einer Teilzeitbeschäftigung dieselben Rechte wie bei Vollzeitbeschäftigung, auch in Bezug auf Mutterschaftsgeld und bezahlten Urlaub – was der Beschäftigungsquote einen wichtigen Impuls verleiht.

Den Schlüssel zur Steigerung der Beschäftigungsquote bildet eine Reihe progressiver sozialer Maßnahmen einschließlich Maßnahmen, die den Ausgleich von Familie und Beruf erleichtern. Die Bedeutung wird von all jenen unterschätzt, die der Deregulierung vor allen anderen Maßnahmen das Wort reden. Zum Beispiel:

- aktive Arbeitsmarktpolitiken zur möglichst raschen Aufnahme einer neuen Tätigkeit;

- Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, sowohl am Arbeitsplatz als auch in der Gesellschaft, einschließlich der Förderung von gleicher Bezahlung für gleichwertige Arbeit;
- mehr Ausbildung und Umschulung, wobei das Konzept des lebenslangen Lernens im Mittelpunkt stehen muss, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Europas für den ständigen Wandel gerüstet sind; insbesondere auf jene Gruppen ausgerichtet, die am häufigsten wegen mangelnder Qualifikationen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, darunter ältere Arbeitnehmer, Einwanderer und ethnische Minderheiten;
- Vorgehen gegen die Kultur langer Arbeitszeiten, Sicherung gleicher Rechte für befristete Angestellte; Kampf gegen Rassismus und Mobbing am Arbeitsplatz und darüber hinaus.

Die Politik muss auch die Bedeutung erkennen, die der Einwanderung als Teil der Reaktion zukommt, die die EU angesichts ihrer alternden Bevölkerung und der rückläufigen Arbeitnehmerzahlen zeigen muss. Selbst bei Erreichen des in Lissabon formulierten Ziels einer Beschäftigungsquote von 70 % im Jahr 2010 und Aufrechterhaltung dieser Quote in der Zeit danach würde die Anzahl der Beschäftigten in der EU-25 bis 2030 voraussichtlich um 20 Millionen zurückgehen. Da zu erwarten ist, dass weder eine höhere Geburtenrate noch ein Produktivitätszuwachs dies ausgleichen kann, liegt die Schlussfolgerung auf der Hand, – in dem ausgeglichenen Geist von Tampere – dass gezielte Einwanderung unverzichtbar ist, um ein Absinken des Wirtschaftswachstums und unserer gewohnten Lebensqualität zu vermeiden.

Soziale Spitzenklasse – Fördern der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmern

Die Bedingungen des modernen Wettbewerbs erfordern es, den Begriff Flexibilität neu zu überdenken. In einer schnelllebigen globalen Wirtschaft werden jene am erfolgreichsten sein, die am beweglichsten sind. Wer sich auf ständig wechselnde Pools von Zeitarbeitnehmern, ausführliche Regelwerke und begrenzte Arbeitnehmerautonomie verlässt, wird Boden verlieren gegenüber Unternehmen, deren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf Grund von Arbeitsplatzsicherheit und angemessenen Arbeitsbedingungen loyal und motiviert sind.

Deshalb werden jene Unternehmen am erfolgreichsten sein, die vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Sozialpartnern aufbauen. **Zahlenmäßige Flexibilität** – worauf es den altmodischen Deregulierern vor allem ankam – mit maximaler Freiheit, Arbeitskräfte nach Bedarf einzustellen und freizusetzen, Einsatz befristeter Verträge, Minimierung der Verpflichtungen des Arbeitgebers gegenüber den Beschäftigten, ist mit **funktioneller Flexibilität** – Anpassungsfähigkeit, Initiative und Verantwortung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die heutzutage den Schlüssel zum Erfolg darstellen – unvereinbar.

Arbeitsmarktpolitiken und Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen müssen in Erwartung und zur Bewältigung des Wandels neu ausgerichtet werden. Um eine europäische Wirtschaft zu schaffen, die sich schneller bewegt, sind eine moderne Arbeitsorganisation und aktive Arbeitsmarktpolitiken erforderlich – damit die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Europas begreifen, dass Wandel keine Bedrohung, sondern eine Chance ist –. Mit guter Konsultation von Unparteiischen, starken Gewerkschaften und gut auf den Wandel vorbereiteten Arbeitnehmern können der industrielle Wandel gemeistert und die sozialen Kosten minimiert werden.

Für die Politik im Bereich des Sozialschutzes gilt dieselbe Logik. Um eine Gesellschaft zu schaffen, die den Wandel eher begrüßt als ablehnt, und um auf eine Wirtschaft zu reagieren, in der immer weniger Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen eine Lebensstellung haben werden, spielt der soziale Schutz eine äußerst wichtige Rolle. Deshalb hat der Europäische Rat von Brüssel ⁹ hervorgehoben, dass ein hohes Niveau des sozialen Schutzes für die Lissabon-Strategie von zentraler Bedeutung ist. Er hat daher die Verstärkung von Politiken zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gefordert. Dieser Zusammenhang muss in der Halbzeitbilanz anerkannt werden. Sozialer Schutz und soziale Einbindung sollten in den nationalen Aktionsprogrammen der Mitgliedstaaten enthalten sein, einschließlich gemeinsamen sozialen Indikatoren und Zielen zur Bewertung der Folgen europäischer Politiken.

Wettbewerbsvorteile durch wissensbasierte Wirtschaft

Europas beste Chancen für weltweite Wettbewerbsfähigkeit liegen in der Verbesserung seiner Leistungen in den am weitesten entwickelten, bahnbrechenden Industriezweigen. Demzufolge hängt die Lissabon-Strategie entscheidend von europäischer Spitzenklasse in der wissensbasierten Wirtschaft ab – zu der zwei wesentliche Elemente gehören: die Schaffung einer gut ausgebildeten und hoch gebildeten Arbeitnehmerschaft und eine bedeutende Erhöhung des Umfangs und der Effektivität von Forschung und Innovation.

Arbeitnehmerschaft für die wissensbasierte Wirtschaft

Die Halbzeitbilanz muss die allgemeine und berufliche Bildung in das Zentrum der Lissabon-Strategie rücken. Öffentliche Investitionen in die Wissensgesellschaft allein reichen nicht aus. Optionen wie eine bessere Verwendung der EU-Strukturfonds und Mittel für die allgemeine und berufliche Bildung sollten geprüft werden. Auch bei der privaten Finanzierung bestehen große Unterschiede gegenüber vielen unserer Wettbewerber. Zahlenangaben der Kommission zufolge investiert der private Sektor in den USA fünfmal so viel in das Humanpotenzial wie der in der EU.

⁹ 25.-26.3.2004.

Bildung trägt wesentlich zu nachhaltigem Wachstum bei: Eine Anhebung des durchschnittlichen Besuchs von Bildungseinrichtungen um ein Jahr führt zu einem kurzfristigen Anstieg der Produktivität und des Wachstums von 5 % sowie langfristig von weiteren 2,5 %. Ein höheres Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung bedeutet bessere Chancen im Leben, soziale Eingliederung, eine bessere Arbeit und staatsbürgerliches Engagement. Aber wir hinken bei der Finanzierung zurück. Im Jahr 2000 beliefen sich die gesamten öffentlichen Ausgaben für Bildung in der Europäischen Union auf 4,9 % des BIP. In den USA liegen die Ausgaben pro Student im Hochschulbereich um 2 % – 5 % höher als in unseren Mitgliedstaaten.

Wenn Europa tatsächlich eine wissensbasierte Gesellschaft werden will, müssen wir das Bildungsniveau aller anheben. Europa investiert viel zu wenig in sein Bildungssystem, jeder fünfte Jugendliche in Europa verlässt die Schule ohne Abschluss. In den USA und Japan liegt der Anteil derer, die höhere Bildungsabschlüsse erwerben, 50 % über dem der EU. In einer Demokratie muss die wissensbasierte Gesellschaft allen offen stehen – und im europäischen Gesellschaftsmodell müssen wir all unsere Ressourcen mobilisieren, ungeachtet von Klasse, Einkommen, Geschlecht oder ethnischer Herkunft.

Eine solide Grundausbildung muss Hand in Hand gehen mit lebenslangem Lernen, das für alle zugänglich ist. Moderne Wirtschaften sind gekennzeichnet durch hoch entwickelte Technologien, mobilere – und oftmals kurzlebigerer – Unternehmen sowie den raschen Wandel des benötigten Wissens und der Fähigkeiten. Deshalb müssen Ausbildung und Qualifikationen dem Konzept des lebenslangen Lernens und europaweiter Konvergenz und Anerkennung von Berufsabschlüssen angepasst werden, damit Beschäftigte wie auch Unternehmen auf dem europäischen Binnenmarkt entsprechend vorbereitet sind. Mit Unterstützung der Sozialpartner müssen Systeme entwickelt werden, die den Bedürfnissen der europäischen Wirtschaft voll gerecht werden. Durch Aufstockung europäischer Mittel für Bildungsprogramme wie SOCRATES und LEONARDO sollte darauf abgezielt werden, einer bedeutend gestiegenen Anzahl von Studenten das Recht einzuräumen, einen Teil ihrer Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat zu absolvieren.

Forschung und Innovation für die wissensbasierte Wirtschaft

Europa muss nach Spitzenklasse streben, dies gilt natürlich auch für unsere Universitäten und den Hochschulbereich. Bei der Erzielung von Spitzenklasse kommt dem Eintreten für ein anspruchsvolles Forschungs- und Entwicklungsprogramm eine Schlüsselrolle zu. Die Schaffung eines europäischen Forschungsraums – wie vom Lissabonner Gipfel verabschiedet – bleibt unser vorrangiges Ziel. Wir fordern auch die rasche Einrichtung eines europäischen Forschungsrats zur Förderung einer koordinierten EU-weiten Herangehensweise, zur Finanzierung von Grundlagen- und Einzelforschung und zur Verfügungstellung von EU-weiten Ergebnissen. Das

Investitionsziel von 3 % des BIP muss bis 2010 erreicht sein, einschließlich spezieller Anreize für eine bedeutende Erhöhung der Investitionen des privaten Sektors insgesamt, auf den bis zu zwei Drittel des Gesamtbetrags entfallen könnten, um Innovationen zum Beispiel in die Bereiche menschliche Gesundheit und Energieeffektivität zu lenken.

In Europa müssen sich deutlich mehr Menschen für eine Laufbahn in der Forschung entscheiden, und für jene, die in der Forschung tätig sind, müssen Anreize geschaffen werden, in Europa zu bleiben. Wir brauchen bis 2010 nicht weniger als 700 000 neue Forscher. Eine wissenschaftliche Laufbahn in Europa muss für junge Europäer und Europäerinnen sowie für Forscher und Forscherinnen aus Drittstaaten, die sich gegenwärtig für eine Zukunft in den USA entscheiden, attraktiver gemacht werden. Der Anteil der Forscher an der Erwerbsbevölkerung liegt in der Europäischen Union bei 5,4 %, in den USA bei 8,7 % und in Japan bei 9,7 %.

Wir brauchen mehr europaweite Zusammenarbeit und Nacheifer von Universitäten sowie öffentlicher und privater Forschung, um die Anzahl der Kompetenzzentren in der Forschung zu erhöhen, wobei auf nationaler wie europäischer Ebene stärkere Anreize zur Ausführung gegeben werden müssen.

Um die gegenseitige Bereicherung zwischen Forschung und Industrie zu verbessern, muss Europas Forschungssektor enger an die Wirtschaft angebunden werden – unter anderem dadurch, dass sich die Teilnehmer des Frühjahrgipfel für die Entwicklung technologischer Plattformen aussprechen.

Der Beitrag von FuE zur zentralen Zielvorgabe von Lissabon ließe sich weiter stärken, indem umweltfreundliche Technologien, Nanotechnologien, Naturwissenschaften und Biotechnologie in den Vordergrund gerückt werden, um den Zugang zu Integrierten Projekten und Exzellenznetzen, den neuen Instrumenten, zu fördern.

Die Einführung eines europäischen Patents ist seit langem überfällig und eine Angelegenheit von höchster Priorität, die Forschung und Entwicklung großen Auftrieb verleihen würde.

In der Wissensgesellschaft spielt der Telekommunikationssektor eine ganz besondere Rolle. Wer heutzutage wettbewerbsfähig sein will, muss in der digitalen Technologie an führender Stelle stehen. Der E-Plan 2005 muss vollendet und umgesetzt werden, und mit der Vorbereitung des Planes für 2010 sollte so bald wie möglich begonnen werden. Die "digitale Kluft" zwischen den uns zur Verfügung stehenden Technologien und den Fähigkeiten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen muss durch Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung geschlossen werden. Wie bei vielen Schlüsselpolitiken von Lissabon ist es sowohl für die europäische Wettbewerbsfähigkeit wie auch für den sozialen Zusammenhalt äußerst wichtig, die digitale Kluft zwischen Regionen und sozialen Gruppen zu überwinden. Kein Bürger der EU darf von der Informationsgesellschaft ausgeschlossen werden.

Wettbewerbsvorteile durch Spitzenklasse im Umweltbereich

Die Vereinbarkeit von Politiken in den Bereichen Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit Zielen für die Wirtschaft, Wachstum und Beschäftigung ist in der Halbzeitbilanz eindeutig zu bekräftigen.

Dieses umfassende und einheitliche Konzept sollte das herausragende Merkmal der Lissabon-Strategie für nachhaltige Entwicklung sein. Der Neustart der Strategie vollzieht sich vor dem Hintergrund zunehmenden Drucks auf unsere natürliche Umwelt bei gleichfalls steigenden öffentlichen Erwartungen hinsichtlich des Umweltschutzes und der Lebensqualität. Gemäß der Strategie von Lissabon müssen wir dieser doppelten Herausforderung von Wettbewerb und Wachstum entgegenreten.

Die Umweltpolitiken sind weit davon entfernt, Wachstum zu bremsen und können der EU Wettbewerbsvorteile verschaffen. Wir messen dem Aktionsplan der Kommission für Umwelttechnologien große Bedeutung bei. Die Entwicklung sauberer Technologien und erneuerbarer Energien kann zur Entstehung von Arbeitsplätzen führen, den Aktivitäten in Forschung und Entwicklung Auftrieb verleihen und die Kosten für Soziales, Umwelt und Gesundheitsfürsorge senken. Außerdem wird es in absehbarer Zukunft eine wachsende Nachfrage nach solchen Technologien geben, und die EU-Industrie sollte hierbei weltweit eine Führungsposition anstreben. In einer Welt begrenzter Ressourcen, mit wachsender Umweltbelastung auf der einen und Umweltbewusstsein auf der anderen Seite, werden Firmen, die sich am schnellsten auf höhere Umweltstandards einstellen, den entscheidenden Vorteil des zuerst Handelnden genießen. Für die Hersteller in Europa mag Spitzenklasse im Umweltbereich kurzfristig Kosten verursachen, langfristig wird sie sich jedoch auszahlen.

Gemäß dem Geist der Strategie von Lissabon und Göteborg muss es ein ausgewogenes Verhältnis der EU-Politiken geben. Die Umweltpolitik kann die Wettbewerbsfähigkeit stärken und muss mit Wachstum und Beschäftigung kompatibel sein – sie darf und muss nicht hinter wirtschaftlichen Zielsetzungen Rang zwei einnehmen. Ein europäisches Entwicklungsmodell, das auf dem verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen und den besten Umwelttechnologien beruht, wird die Grundlage für eine langfristige Entwicklung zum Nutzen künftiger Generationen schaffen. Eine Entscheidung für diesen Weg kann auch die wesentlichen Merkmale des europäischen Modells garantieren, anders als eine nur auf kurzfristige Profite ausgerichtete Logik.

Ferner können wir nicht akzeptieren, dass andere globale Wirtschaftsakteure durch eine Politik des Umweltdumping kurzfristige Wettbewerbsvorteile erzielen, während Europa seine Verantwortung für künftige Generationen, deren Umwelt und Gesundheit ernst nimmt. Die Europäische Union gehört international zu den treibenden Kräften in der Umweltpolitik. Wir wollen diese Rolle weiterhin wahrnehmen, insbesondere, aber nicht nur, im Rahmen des Kyoto-Prozesses, dessen Zielsetzungen nur einen ersten, unzureichenden Schritt darstellen und durch weitere Ziele ergänzt werden müssen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Die EU hat sich weltweit die anspruchsvollsten Umweltvorschriften gegeben. Aber wir stellen mit Besorgnis fest, dass im Umweltbereich wie bei anderen der in Lissabon beschlossenen Politiken die Umsetzung und Durchführung der europäischen Gesetzgebung in den Mitgliedstaaten sehr oft unzureichend ist. Wir brauchen deshalb im Umweltbereich wie bei anderen Politiken einen sorgfältigen Überwachungsprozess sowie Verfahren, die es gestatten, Mitgliedstaaten bei nicht pflichtmäßiger Erfüllung zur Rechenschaft zu ziehen.

Es muss hervorgehoben werden, wie wichtig das Handeln und die Koordinierung durch die Mitgliedstaaten sind. Um die Strategie von Lissabon auf Grundlage einer neuen Dynamik zu erneuern, muss auch eine Methode gefördert werden, mit der es möglich ist, sich auf einige wenige vorrangige Ziele im Umweltbereich zu konzentrieren und konkrete und quantifizierte Zielsetzungen für das Jahr 2010 zu bestimmen.

Wir fordern eine energische Politik zum Klimawechsel und den verantwortungsvollen Einsatz von Rohstoffen: eine Reduzierung von 30 bis 40% von CO₂-Emissionen bis 2040, besonders durch die Förderung von Energieeffizienz, erneuerbaren Rohstoffen und Energieeinsparungen. Dazu ist es notwendig, Forschung und Entwicklung von Umwelttechnologien zu fördern.

Wir fordern eine ehrgeizige Politik bei chemischen Produkten, die eine Umwelt frei von den meisten gefährlichen, chemischen Produkten soweit wie möglich bis 2020 zum Ziel hat, und der Industrie eine Wettbewerbswirkung bietet durch eine Produktion, die auf hervorragender Umweltqualität basiert.

Wir möchten das volle Vertrauen der Verbraucher und Verbraucherinnen hinsichtlich sicherer Nahrung wiederherstellen.

Wir müssen die ehrgeizigen Ziele der Europäischen Gesetzgebung in Sachen Wasserqualität und Müllverarbeitung in Handeln umsetzen. Die Verkehrspolitik muss neu untersucht werden, besonders mit Blick auf den Wechsel von Straße zu umweltfreundlicheren Transportmöglichkeiten. Für die Durchsetzung dieses Wechsels sind Maßnahmen zur Reduzierung externer Kosten und eine angemessene Steuerpolitik notwendig. Zuletzt, muss das Verschmutzer-Zahlerprinzip umgesetzt werden, und Verschmutzungskosten in Zahlen gesetzt werden, angefangen mit schädlichen Pestiziden und Verkehrsemissionen.

Wettbewerbsvorteile durch Vollendung des Binnenmarktes und neuen *Unternehmergeist*

Die Lissabon-Strategie hängt entscheidend von der Schaffung eines Umfeldes ab, in dem europäische Unternehmen florieren können. Jedes Argument und jeder Vorschlag im vorliegenden Papier sollen dazu beitragen. Eine zentrale Botschaft dieses Berichts besteht darin, dass für Unternehmen viele Hemmnisse bestehen. Wir brauchen eine Lissabon-Strategie, die sich mit all diesen Hemmnissen ausein-

anderersetzt, keine verwässerte, nur auf Deregulierung ausgerichtete Version. Deregulierung klammert den Bedarf von Unternehmen an gut ausgebildeten und motivierten Arbeitnehmern, erstklassigen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie die anderen in diesem Papier beschriebenen Produktivitätsfaktoren aus. Am meisten brauchen die Unternehmen klügere Regelungen.

In der Europäischen Union wäre der größte Schritt zu einer klügeren Regelung die Vollendung des Binnenmarktes. Diese ist aus drei Gründen unverzichtbar:

- Beseitigung von Hemmnissen zur Entfaltung des Unternehmergeistes.
- Erhöhung der Auswahl für die Verbraucher.
- Schaffung eines großen Binnenmarktes für Europas Produzenten.

Richtig durchgeführt bietet die Vollendung des Binnenmarktes sowohl Verbrauchern als auch Unternehmen enormen Spielraum für wirtschaftliche Gewinne und mehr Beschäftigung. Ein Binnenmarkt der Finanzdienstleistungen könnte zum Beispiel durch Verbesserung des Zugangs zu Kapital in einigen Mitgliedstaaten ein wesentliches Hemmnis für die Entfaltung des Unternehmergeistes ausräumen. Das würde durch bessere Auswahlmöglichkeiten und Kostendruck über mehr Wettbewerb auch den Bürgern Europas große Vorteile bringen. Um breite Unterstützung für die Vollendung des Binnenmarktes zu mobilisieren und jenes Vertrauen zu schaffen, das ein gut funktionierender Markt braucht, sollte der Rechtsrahmen ein hohes Verbraucherschutzniveau sowie stärkere wirtschaftliche und soziale Kohäsion gewährleisten.

DIENSTLEISTUNGEN – EIN MISSVERSTÄNDNIS



Der von der Kommission kontrovers diskutierte Entwurf der Richtlinie über Dienstleistungen veranschaulicht die Wichtigkeit einer Kohärenz von Gesetzgebung mit einem Europa der Spitzenklasse. Im Vergleich zur Lissabonner Strategie besteht sein zentraler Schwachpunkt darin, dass er das wichtige Ziel eines Binnenmarktes von Dienstleistungen verfolgt, dabei aber andere grundlegende Elemente der Strategie wie den sozialen Besitzstand und die Bedeutung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen wenig oder überhaupt nicht beachtet. In der gegenwärtigen Form könnte die Richtlinie eine Abwärtsspirale in Gang setzen, bei der Dienstleistungserbringer sich in Mitgliedstaaten mit der am geringsten entwickelten Arbeitsgesetzgebung ansiedeln würden. Der Dienstleistungssektor muss in unseren modernen Volkswirtschaften eine Schlüsselrolle spielen, aber wir müssen die Öffnung des Marktes und die Garantie, dass soziale und Verbraucherrechte erhalten bleiben, in einem gesellschaftlich akzeptablen Gleichgewicht halten.

Das Fortbestehen nationaler Unterschiede im Gesellschaftsrecht, in der Rechnungsführung und in der Unternehmensbesteuerung stellt ein weiteres großes Hemmnis für europäische Unternehmen dar – vor allem für grenzüberschreitende Aktivitäten kleinerer Unternehmen. Während nationale Vielfalt respektiert werden sollte, gibt es erheblichen Spielraum für die Erweiterung des Bereichs der gemeinsamen Regeln. In den kommenden fünf Jahren muss der Fortschritt hier erheblich an Tempo gewinnen. Vor allem die Unternehmensbesteuerung ist ein Bereich, in dem aufrichtiges Eintreten für die Beseitigung von Hemmnissen für Unternehmen mit der reflexartigen Weigerung einiger Mitgliedstaaten unvereinbar ist, nicht einmal die Harmonisierung von Definitionen und Systemen diskutieren zu wollen.

Bei der Verbesserung des Geschäftsklimas und Management müssen positive Veränderungen in der Art der Unternehmensführung ebenfalls eine Rolle spielen. Es sind höhere Transparenznormen erforderlich, eine bessere Überwachung finanzieller und fiskalischer Modalität, stärkere Garantien für die Unabhängigkeit von Rechnungsprüfern und eine strenge Trennung der Funktionen Buchprüfung und Finanzberatung in Buchführungs- und Unternehmensberatungsgesellschaften.

Da Unternehmen eine Antwort zu globalem Wettbewerb und technischen Veränderungen finden müssen, sichtbar insbesondere bei Unternehmensumstrukturierungen, Standortveränderungen und -verlagerungen aus Gründen der Besteuerung, muss die europäische Industriepolitik auf eine modernisierte, wettbewerbsfähige und vielfältige Industrie hinwirken und das Schwergewicht auf neue und dynamische Sektoren wie Biotechnologie oder Informationsgesellschaft legen. Wir sollten europäisches Know-how und technologische Unabhängigkeit entwickeln, zum Beispiel in der Luft- und Raumfahrttechnik, und freiwillige Aktionen wie die Schaffung gemeinsamer Unternehmen fördern. Das Projekt Galileo bietet sich als erfolgreiches Modell einer zukunftsorientierten europäischen Industriepolitik an, insbesondere mit Blick auf die Aufgabe, europäische logistische Kapazitäten zu verbessern. Gegründet auf Spitzenleistungen der europäischen Forschung und auf technologischer Unabhängigkeit und ausgestattet mit öffentlichen wie privaten Mitteln wird es positive Folgewirkungen im Umweltmanagement, in der Risikominderung und selbst für das GAP-Management haben. Diese Erfolgsgeschichte sollte mit Ehrgeiz weiterverfolgt und ihre Lehren genau studiert und breit angewendet werden, um soziale Kohäsion und arbeitsmarktpolitische Stabilität zu sichern.

Die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie sollte ferner als Möglichkeit verstanden werden, auch **Kleinunternehmen** in den Brennpunkt der Strategie zu rücken. Der Mittelstand ist das Rückgrat der europäischen Wirtschaft, vor allem hier entstehen Arbeitsplätze und Geschäftsideen. Die Halbzeitbilanz muss effektivere Maßnahmen aufzeigen, damit mittelständische Unternehmen im Binnenmarkt eine vollwertige Rolle spielen und ihr Potenzial als Triebkraft von Innovation und

Beschäftigung ausschöpfen können, insbesondere auch was Kleinunternehmen und die Sozialwirtschaft betrifft, die eine entscheidende Beschäftigungsquelle darstellen. Es gilt Unternehmergeist zu fördern, das administrative, rechtliche und finanzielle Umfeld zu vereinfachen und zu verbessern und Kleinunternehmen leichteren Zugang zu flankierenden Dienstleistungen, Programmen und Netzwerken der Gemeinschaft zu verschaffen, folgend der Europäischen Charta für Kleinunternehmen und dem Mehrjahresprogramm (2001-2005).

Die Halbzeitbilanz sollte schließlich Europas Entschlossenheit verdeutlichen, Anreize fiskalischer und anderer Art zu bieten, um industrielle Innovation zu fördern, vor allem bei KMU. Im Gegensatz zum pragmatischen Ansatz der USA bei der Förderung von Innovationen beschränkt sich die Unterstützung der EU auf Forschung. Der europäische Forschungsraum sollte durch die Schaffung eines europäischen Innovationsraums ergänzt werden, in dem von der Forschung bis hin zur Entwicklung marktfähiger Produkte Innovationen von KMU unterstützt werden.

Die Lissabon-Strategie neu beleben: Verpflichtungen, die der Frühjahrsgipfel 2005 eingehen sollte

Im Einklang mit den Werten und Zielen des Verfassungsvertrages wird in diesem Papier darauf hingewiesen, dass ein gutes Verständnis der modernen Wettbewerbsbedingungen und des Lissabonner Wettbewerbsmodells die Zielrichtung der europäischen politischen Debatte verändern sollte – aber dass nicht alle der in den einzelstaatlichen Regierungen oder auf europäischer Ebene mit der Umsetzung der Lissabon-Strategie Beauftragten dies vollständig verstanden haben.

Wir haben insbesondere ein nuancierteres Verständnis von Wettbewerb gefordert, das die wechselseitige Abhängigkeit von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt anerkennt.

Wir haben darauf hingewiesen, dass ein krasser “zuerst die Wirtschaft”-Ansatz die wahren Ursachen von Europas Wettbewerbsvorteil verkennt, und damit die Gefahr besteht, dass das europäische Sozial- und Umweltmodell beschädigt wird und bei den europäischen Bürger und Bürgerinnen zu Befremdung und Teilnahmslosigkeit führt.

Wir fordern den Frühjahrsgipfel 2005 auf zu zeigen, dass er diese Grundwahrheiten verstanden hat, und dass er der Lissabon-Strategie mit neuer Klarsicht, begleitet durch ein wirkungsvolles Aktionsprogramm, einen neuen Anstoß gibt, damit aus politischen Versprechen praktische Ergebnisse hervorgehen. Der Gipfel sollte daher:

- seine Verpflichtung für das der Lissabon-Strategie zugrunde liegende Modell eines “Europa der Spitzenklasse” erneut bekräftigen;
- vereinbaren, dass die finanzielle Vorausschau eine umfangreiche Aufstockung der Mittel zur Erreichung der Lissabonner Ziele vorsieht, mit einer Erhöhung insbesondere bei Titel 1a “Wettbewerb für Wachstum und Arbeitsplatzbeschaffung”¹⁰ und bei Titel 1b, “Kohäsionspolitik”, die ebenfalls enger an die Lissabon-Strategie gebunden werden sollte;
- vereinbaren, dass nicht verbrauchte EU-Haushaltsmittel dem Europäischen Wachstumsanpassungsfonds übertragen werden, um insbesondere vorrangige Lissabon-Programme zu finanzieren;
- vereinbaren, mit einer eingehenden Überprüfung der Möglichkeiten für eine Verstärkung der EU-Eigenmittel zu beginnen und hierüber bis Ende 2006 Einigung zu erzielen;
- im Hinblick auf eine Umsetzung der von den Mitgliedsstaaten auf dem Lissabonner Gipfel 2000 eingegangenen Verpflichtung beziffern:
 - a) die veranschlagte, von jedem Mitgliedsstaat jährlich bis 2010 vorzunehmende Ausgabenerhöhung für Bildung;
 - b) die von jedem Mitgliedsstaat gemachten Fortschritte bei der Halbierung bis 2010 der Anzahl der 18-24-Jährigen, die sich nicht in einem Weiter- oder Ausbildungsverhältnis befinden;

- darauf drängen - um die zusätzlichen 700.000 neuen Forscher zu finden, die die EU bis 2010 für die angestrebte Erhöhung der R&D-Ausgaben auf 3 % der nationalen Einnahmen benötigen wird - dass sich jeder Mitgliedsstaat ein nationales Ziel setzt, sowie vereinbaren, bis Ende 2005 über die ergriffenen und geplanten Maßnahmen Bericht zu erstatten;
- vereinbaren, dass alle Mitgliedsstaaten in Absprache mit den Sozialpartnern nationale Strategien für lebenslanges Lernen bis Ende 2005 entwickeln;
- eine Frist setzen für die vollständige Umsetzung des Aktionsplans 2003 der Kommission "Investing in Research" und des gleichnamigen Berichts des Europäischen Parlaments¹¹;
- den Stillstand bei der Annahme des Gemeinschaftspatents überwinden;
- die umgehende Einrichtung eines Europäischen Forschungsrats und eines Europäischen Innovationsraumes vereinbaren, wobei aufbauend auf die europäische Führung bei den Ökoindustrien, besonderer Nachdruck auf die Förderung von Entwicklung und Verbreitung von Öko-Innovationen gelegt wird;
- quantifizierte Ziele vereinbaren für die Erhöhung von öffentlich und privat finanzierten Forschungsvorhaben einschließlich Umwelttechnologieforschung, die von jedem Mitgliedsstaat und auf EU-Ebene jährlich bis 2010 erreicht werden sollen; vereinbaren, dass jeder Mitgliedsstaat bis Ende 2005 über die eingesetzten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele Bericht erstattet;
- die Almunia-Vorschläge zu einem reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt annehmen, die auch vorschreiben, dass Regierungen im Laufe einer Wirtschaftsperiode entsprechend einer gemeinsamen Definition von "intelligenter Investition" investieren;
- die Vielzahl der von den Mitgliedsstaaten geforderten nationalen Lissabon-Berichte durch zwei Dreijahresberichte ersetzen - einer über die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Koordinierung sowie ein Wachstums- und Kohäsionsplan, der über erzielte Fortschritte berichtet und nachprüfbare Ziele festlegt;
- ein fünfjähriges Lissabon-Programm annehmen, das dem Binnenmarktprogramm aus dem Jahr 1992 nachempfunden ist und präzise, zeitlich bindende Angaben zu den auf EU- und nationaler Ebene vorzunehmenden Schritten enthält;
- das Nennen und Bloßstellen der Mitgliedsstaaten einführen, die ihren Lissabon-Verpflichtungen nicht nachkommen, sei es unter wirtschaftlichen, sozialen, umweltpolitischen oder wissenschaftlichen Gesichtspunkten;
- die Verfahren der politischen Koordinierung überarbeiten, um mehr Offenheit zu erreichen und die nationale Zuständigkeit und den sozialen Dialog zu stärken;
- die Kommission auffordern, sich entschieden dafür einzusetzen, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird sowie Barrieren am Arbeitsplatz und solche, die gesellschaftlich bedingt sind, abzubauen, um einen höheren Anteil von Frauen, älteren Arbeitnehmer/innen und anderen Personengruppen am Arbeitsmarkt zu erreichen;
- gewährleisten, dass die Revision der Arbeitszeitrichtlinie kein Abrücken von der 48-Stundenwoche bedeutet und dass die Zeitarbeitsrichtlinie nicht weiter blockiert bleibt;
- eine nahe Frist für die Erreichung der auf dem Barcelona-Gipfel 2002 gesetzten Ziele für Kinderbetreuung durch alle Mitgliedsstaaten vereinbaren;
- die Kommission auffordern, bis Ende 2005 einen neuen Aktionsplan über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern vorzulegen;

¹¹ COM(2003)226, April 2003 und Linkohr-Bericht, November 2003.

- die Mitgliedsstaaten auffordern, umfangreiche Strategien zum Altern bis 2006 zu vereinbaren;
- die Rolle des Sozialschutzes neu bekräftigen, indem Europa in die Lage versetzt wird, auf Wandel und Unsicherheit der Weltwirtschaft zu reagieren und Übereinkunft über eine neue Europäische Sozialagenda mit einem gemeinsam festgelegten Umsetzungszeitplan erzielen;
- einen Zeitplan für die Ausarbeitung einer umfangreichen europäischen Vorgehensweise zur Steuerung der Zuwanderung festlegen, unter Verbindung der EU-Einwanderungspolitik mit den Beziehungen zu den Herkunftsländern und der klaren Aussage, dass bessere Integration – von neuen Zuwanderern und bereits im Lande ansässigen ethnischen Minderheiten – ein ganz wesentlicher Teil einer erfolgreichen Zuwanderungssteuerung ist;
- vereinbaren, dass alle Mitgliedsstaaten nationale Zeitpläne für die Umsetzung des Aktionsplans für Umwelttechnologie erstellen, mit konkreten Maßnahmen und Fristen unter besonderem Nachdruck auf die Forschungstätigkeit, Unterstützung für kleine Unternehmen und Beseitigung umweltschädlicher Subventionen;
- im Einklang mit den Unternehmen einen Zeitplan für die Umsetzung der Integrierten Produktpolitik der EU vereinbaren;
- die Kommission auffordern, bis Ende 2005 detaillierte und ehrgeizige Vorschläge zu unterbreiten, um nachhaltige Energiepolitikmaßnahmen in Sachen Ökoeffizienz, Energieeinsparungen und erneuerbare Energien voranzutreiben;
- einen Zeitplan für eine behutsame Annahme des REACH-Vorschlags vereinbaren, im Hinblick auf die Beseitigung der gefährlichsten Chemikalien aus unserer Umwelt bis 2020;
- ein Abkommen über gemeinsam von EU und Mitgliedsstaaten durchgeführte Aktionen zum Transport bis Ende 2005 ins Auge fassen, um eine entscheidende Kehrtwende hin zu nachhaltigem Transportwesen herbeizuführen;
- vereinbaren, dass alle Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden bis 2006 einen Aktionsplan für die Ökologisierung des öffentlichen Vergabewesens erstellen;
- eine grundlegende und dringende Neubewertung des EU-Ansatzes zu einer Dienstleistungsliberalisierung vereinbaren mit dem Ziel, bis Ende 2005 Übereinkunft über eine geänderte Dienstleistungsrichtlinie zu erzielen, die den europäischen sozialen *Acquis* bewahrt und mit einer Rahmenrichtlinie über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse einhergeht, um den Beitrag optimaler öffentlicher Dienste zum europäischen Wettbewerbsmodell zu schützen;
- eine neue Binnenmarktstrategie für den Zeitraum 2007-2010 vorlegen, die der Entwicklung und Vervollständigung des europäischen Dienstleistungsmarktes Priorität einräumt;
- die Integration der Finanzmärkte im Privatkundenbereich vereinbaren, die ab 2010 in Kraft tritt, einschließlich dem vordringlichen Zugang zu Risikokapital und Unterstützung von Investitionen;
- einen Zeitplan für die Umsetzung des Aktionsplans für Unternehmen und die Charta für Kleinunternehmen vereinbaren.

www.socialistgroup.org